

---

FDP Waldeck-Frankenberg

## **KNELL ZU WILKE-SKANDAL**

21.10.2019

---

- Schon vor dem August gab es Bußgelder und die Sperrung von ausgelieferter Ware
- Vorwürfe des Amtskollegen zur Transparenz sind zutreffend
- Ministerin muss endlich umfassend aufklären

WIESBADEN – Bezüglich der Vorwürfe der groben Fahrlässigkeit und der mangelnden Transparenz des baden-württembergischen Verbraucherschutzministers Peter Hauk erklärt

die verbraucherschutzpolitische Sprecherin der Freien Demokraten im Hessischen Landtag,

Wiebke KNELL: „Über die Meldungen aus Baden-Württemberg und Hamburg wurde der Ausschuss

zwar schriftlich informiert. Die Frage, ob bzw. wann das Ministerium über die Meldungen und die anschließend stattgefundenen Kontrollen, Sperren und Bußgelder informiert worden

war, gibt es bislang keine Informationen. Die Landesregierung bezieht sich immer wieder darauf, dass sie erst ab dem 12. August vom Robert-Koch-Institut informiert wurde. Zu diesem Zeitpunkt gab es aber bereits zwei erhebliche Bußgelder und die Sperrung einzelner

Produkte im Zusammenhang mit der Meldung aus Baden-Württemberg. Dass es dazu keinerlei

Meldekettens zur Obersten Fachaufsicht gibt, erscheint unglaublich. Zumal die Veterinärbehörde

des Kreises nicht alleine über die Frage entscheiden kann, ob die Öffentlichkeit über diese Frage informiert wird. Insofern teilen wir die Einschätzung des CDU-Ministers aus Baden-Württemberg, dass es sich um einen Fall mangelnder Transparenz handelt, den

wir so  
noch nicht erlebt haben.“  
KNELL weiter: „Wenn ein Amtskollege den hessischen Behörden vorwirft, sie hätten  
Menschenleben  
aufs Spiel gesetzt, dann zeigt das schon eine erhebliche Relevanz des Vorgangs.  
Anscheinend  
ist der Skandal der liegen gebliebenen Meldungen im hessischen Umweltministerium viel  
größer  
als wir bislang erfahren konnten. Wir werden uns am morgigen Dienstag bei einem  
Besuch der  
Task-Force-Lebensmittelsicherheit intensiv über die Vorgänge weiter informieren. Dabei  
werden  
wir auch die Frage stellen, warum die Task-Force angesichts der Meldungen nicht früher  
eingeschaltet wurde. Außerdem fordern wir weiterhin eine Regierungserklärung in der  
kommenden  
Plenarwoche. Ansonsten werden wir das Thema auf die Tagesordnung bringen.“